

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB zur Arbeit der Programmkommission der SPD: Binnenorientierung aufgeben und zu einem Ergebnis kommen.

Seite 1

Alwin Brück MdB zum Umgang der EG-Staaten miteinander: Jeder kehre vor seiner Türe.

Seite 3

Dokumentation:

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) hat ein Positionspapier „Ökologische Marktwirtschaft - ökologische Steuerreform / Konzeption für eine zukunftsorientierte Umweltpolitik“ erarbeitet, das wir in zwei Teilen dokumentieren. (Teil II und Schluß)

Seite 5

44. Jahrgang / 3

4. Januar 1989

Aufschub des SPD-Programmparteitages wäre schädlich

Binnenorientierung der Programmkommission muß endlich durch breite, offene Diskussion in der Partei abgelöst werden

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Vorsitzender der Programmkommission der SPD in Baden-Württemberg

Seit einigen Tagen wird öffentlich davon gesprochen, daß die SPD ihren für den Spätsommer 1989 geplanten Programmparteitag wegen mangelnder Einigungsfähigkeit der Programmkommission aufschieben solle. Das Motiv für den SPD-Vorsitzenden für die Erwägung eines solchen Aufschubes - Zeit für weitere Konsensfindung zu gewinnen - ist hoch anzuerkennen. Gleichwohl wäre meiner Auffassung nach jedweder Aufschub verfehlt und würde mehr schaden als nutzen.

Gegen einen Aufschub spricht:

- Seit 1984 diskutieren Programmkommissionen des SPD-Vorstandes Entwürfe für ein neues Grundsatzprogramm. Schon der zurückliegende Zeitraum ist unerträglich lang und hat bereits jetzt innerhalb der SPD das Interesse an der Programmdiskussion spürbar gemindert. Inzwischen ist es unzumutbar geworden und hätte es eine für die Programmdiskussion verheerende psychologische Wirkung, die SPD-Öffentlichkeit weiter darauf warten zu lassen, bis sich die Mitglieder der Bundeskommission endlich auf einen Entwurf verständigt haben.
- Wenn die SPD jetzt den Programmparteitag aufschiebt, hätte sie nur noch die Alternative, diesen in das Wahljahr 1990 oder auf einen Zeitpunkt nach der Bundestagswahl zu verschieben. Das Wahljahr 1990 ist jedoch ungeeignet und ein Verschieben auf einen Zeitpunkt danach würde die SPD dem Vorwurf aussetzen, mit noch prinzipiell ungeklärten Positionen in zentralen Fragen in eine bedeutsame Bundestagswahl zu gehen. Daraus ergibt sich: Das Jahr 1989 ist der letzte geeignete Zeitraum für eine offene Diskussion eines neuen SPD-Grundsatzprogramms, die dann auch wie vorgesehen mit dem Programmparteitag enden sollte.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemalçiger Umgang
mit dem/der Kolonialen
Rechtssystem



- Vor allem aber: Von einem sich noch länger hinziehenden Diskussionsprozeß in der Programmkommission ist nur Abträgliches zu erwarten. Das einzige, was eventuell dabei noch herauskommen könnte, sind irgendwelche Formelkompromisse sogenannter Meinungsführer. Solchen Kompromissen folgen dann erfahrungsgemäß Versuche der politischen Führung, alle zu beschwören, im Sinne des Ganzen daran nun nicht mehr zu rütteln. Mühsam austarierte Kompromisse in abgeschotteten Gremien, wobei die Zuschauer mit Indiskretionen gefüttert werden, werden zum Knebel einer offenen Diskussion. Wenn so lange über einen SPD-Programm-entwurf diskutiert wird, bis Irgendwann ein Rauchzeichen aus der SPD-Baracke kommt, ist eine wirklich demokratische Diskussion tot, bevor sie begonnen hat. Nach dem Konkordanzprinzip läßt sich keine freimütige Debatte führen. Ohnehin sind schon zu viele Mitglieder in der Programmkommission von der Einbildung geprägt, ihre Diskussion spiegele das Spektrum aller sozialdemokratischen Möglichkeiten wider und könne die breite Diskussion in der SPD ersetzen.

Es ist für die Programmdiskussion der SPD irrelevant, ob sich die Mitglieder einer zerstrittenen Kommission noch auf einen gemeinsamen Entwurf verständigen oder nicht. Auf jeden Fall ist es schädlich, wenn die Binnenorientierung der Programmkommission weitergeht. Es wäre nicht das erste Mal, daß eine breite, offene Diskussion anregendere verständlichere, fruchtbarere, weiterführende und konsensträchtiger Resultate hervorbringt als Vorstandskommissionen. Die Summe aller politischen Führungsämter ergibt keinerlei Gewähr für einen repräsentativen programmatischen Verstand.

Zugespitzt ausgedrückt: Das Problem der Programmdiskussion der SPD ist die Zusammensetzung der Programmkommission. Zu viele Personen, die sich schon viel zu gut kennen, in zu vielen anderen Gremien ohnehin zusammen sitzen, diskutieren schon viel zu lange und viel zu abgeschottet. Schon jetzt hat dies dazu geführt, daß die Qualität des kollektiv erarbeiteten Entwurfs weit hinter den tatsächlichen programmatischen Fähigkeiten einzelner Mitglieder der Programmkommission zurückbleibt.

Fazit: Die Programmkommission sollte ihre Arbeit unverzüglich abschließen - und sei es mit Minderheitsvoten zu strittigen Punkten. Es ist auch nicht zwingend erforderlich, daß der SPD-Vorstand zu einem abschließenden Meinungsbild findet, bevor die offene Diskussion in der SPD beginnt. Angesagt ist einzig und allein eine breite und offene Debatte innerhalb der SPD ohne weitere Verzögerungen. Es würde nicht überraschen, wenn deren Ergebnis wäre, daß weder die eine noch die andere strittige Position in der Programmkommission der Meinungen letzter Schluß ist.

(-/4.1.1989/vo-he/rs)

* * *

Jeder kehre vor seiner Türe!

Die EG-Staaten sollten ihre Probleme bewältigen statt auf ungelöste Fragen bei anderen zu zeigen

Von Alwin Brück MdB

Jetzt sind es, nachdem das Jahr 1989 begonnen hat, noch vier Jahre bis zum EG-Binnenmarkt. Sie werden schnell vergehen. Das heißt: Eile ist geboten, wenn noch alles geregelt werden soll, was geregelt werden muß, damit das mit dem Beginn des Binnenmarktes am 1. Januar 1993 auch tatsächlich funktioniert.

Deshalb wäre es gut, wenn die Regierungen der Mitgliedsstaaten das neue Jahr mit guten Vorsätzen beginnen, die man - im Gegensatz zur im persönlichen Bereich oft üblichen Praxis - dann auch einhalten sollte. Ich denke, einer dieser guten Vorsätze wäre, wenn alle Regierungen das deutsche Sprichwort beherzigten, das da heißt: Jeder kehre vor seiner eigenen Tür.

Damit will ich sagen, daß die Einigungsprozesse bei schwierigen Fragen leichter wären, wenn jede Regierung darüber nachdächte, wo sie denn noch etwas tun könnte, um in der Sache vorwärts zu kommen, anstatt nur mit dem Finger auf andere zu zeigen.

Ich will ein Beispiel dafür nennen, wo wir Deutschen vor der eigenen Tür kehren sollten, anstatt nur auf andere zu schimpfen, obwohl das Schimpfen auf andere in diesem Fall durchaus auch berechtigt ist. Die Berechtigung zum Schimpfen wäre nur noch etwas größer, wenn man nicht auch Anlaß böte, daß die anderen zu Recht auf einen selbst schimpfen.

Zugegeben: Auch ich ärgere mich über die sture Haltung der Franzosen bei den Abgashöchstwerten bei Autos bis 1,4 Liter Hubraum. Ich erinnere mich noch gut an das Gejammere der deutschen Autoindustrie, als die Forderungen nach dem Katalysator bei uns laut wurden. Jetzt wirbt die deutsche Automobilindustrie mit ihren umweltfreundlichen Autos. Deshalb ärgere ich mich, daß die französische Regierung, vor allem daß eine sozialistische Regierung auf das Gejammere eines französischen Automobilkonzerns hereinfällt.

Aber - hatte nicht auch der französische Premierminister recht, wenn er den Deutschen jetzt in einem „Spiegel“-Interview vorhielt, daß die Deutschen mit ihrem Nein zu jeglicher Geschwindigkeitsbegrenzung auf den Autobahnen eine höhere Luftverschmutzung in Kauf nehmen, weil bei hoher Geschwindigkeit der Abgasausstoß erheblich größer ist? Muß man ihm nicht zustimmen, wenn er darauf hinweist, daß vor allem die Deutschen superstarke Autos fahren, die ja auch mehr Kraftstoff verbrauchen und deshalb auch mehr Schadstoff ausstoßen?

Vielleicht denken wir Deutschen einmal darüber nach, daß wir vielleicht trotz Katalysator die Luft schon allein deshalb mehr verpesten, weil wir pro Kopf mehr Kraftstoff verbrauchen als die Franzosen. Schon Anfang Januar 1987 hatte sich die EG-Kommission dafür eingesetzt, auf den Autobahnen der Gemeinschaft ein gemeinsames Tempolimit von 120 km/h einzuführen. Dieser Vorschlag scheiterte nicht zuletzt am Widerstand der geschwindigkeitsbesessenen Bundesregierung.

Vielleicht veranlaßt neben dem immer noch fortschreitenden Waldsterben die Unfallbilanz des vergangenen Jahres die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen zu neuem Nachdenken über das Thema Geschwindigkeitsbegrenzung. Das Rowdytum auf deutschen Straßen wächst, und oft sind nicht die Brutalos am Steuer selbst am härtesten durch einen von ihnen verursachten Unfall betroffen, sondern unschuldige andere Verkehrsteilnehmer.

Deshalb noch einmal: Wir Deutschen sollten uns bemühen, zuerst vor der eigenen Tür zu kehren. Wir könnten dann mit mehr Glaubwürdigkeit auf Fehlverhalten der anderen hinweisen. Und damit ich nicht mißverstanden werde: Das gilt auch für die Franzosen und ihren Premierminister, denn der berechtigte Hinweis auf deutsche Sünden rechtfertigt ja nicht französisches Fehlverhalten.

(-/4.1.1989/vo-he/rs)

DOKUMENTATION

NGG-Papier zur ökologischen Marktwirtschaft

(Teil II und Schluß)

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) hat ein Positionspapier „Ökologische Marktwirtschaft - ökologische Steuerreform / Konzeption für eine zukunftsorientierte Umweltpolitik“ erarbeitet, das wir in zwei Teilen dokumentieren.

Ökosteuer

Zur Lösung der Umweltprobleme gibt es im Grunde nur drei Handlungsmöglichkeiten: Das Verbot, den freiwilligen Verzicht oder die marktwirtschaftliche Steuerung über den Preis. Bisher pendelte die Umweltpolitik in der Bundesrepublik meist zwischen den ersten beiden Extremen hin und her. Die dritte Möglichkeit wurde so gut wie nie in Betracht gezogen: Steuern über Steuern, als klassisches marktwirtschaftliches Mittel. Die dritte Möglichkeit, die Steuerung über den Preis, drängt sich regelrecht auf. Daher kommt der Steuerpolitik bei der Bewältigung der ökologischen Herausforderungen eine Schlüsselrolle zu.

„Steuern für die Umwelt“ kann zum Beispiel heißen, eine ökologische Steuerreform mit niedrigen oder keinen Verbrauchsteuersätzen auf Konsumgüter, die umweltverträglich sind, und parallel dazu höhere steuerliche Belastung von umweltschädlichen Produkten.

Dafür einige Beispiele:

- Kunststoffverpackungen,
- Batterien,
- Treibgaspraydosen;
- Papierwurfsendungen;
- Lacke und Farben,
- Streusalzbesteuerung,
- Waschmittel,
- Waschmaschinen mit hohem Wasser- und Energieverbrauch,
- Kühlschränke mit hohem Energieverbrauch und hohem Anteil an FCKW (als Kühlmittel).

Eine solche Ökosteuer ist nicht nur umweltfreundlich, sie ist auch sozial verträglich: Unsoziale Belastungen der Bürger treten nicht auf, da der Verbraucher selbst entscheiden kann, ob er auf preiswerte umweltfreundliche, also unbesteuerte Produkte umsteigen will.

Differenzierte Steuersätze müssen dabei - entsprechend dem Verursacherprinzip - dem Grad der Umweltbelastung beziehungsweise dem Gefährdungspotential entsprechen. Über die Möglichkeit hinaus, durch hohe, niedrige und Null-Mehrwertsteuersätze Einfluß auf den Konsum umweltverträglicher und umweltbelastender Verbrauchsgüter auszuüben, sind auch Sonderabgaben für umweltschädliche Produkte denkbar.

So zum Beispiel

- eine einmalige Abgabe für alle Autos, die nicht mit einer Abgasminderung ausgerüstet sind,
- eine Sonderabgabe dort, wo zuviel Stickstoffdünger verwandt wird (zum Beispiel bei einem Einsatz von mehr als 80 Kilogramm pro Hektar),
- eine Abgabe auf den Wasserverbrauch, womit der Trend Wassersparen gestärkt, Regenwassersysteme und geschlossene Wasserkreisläufe in der Industrie gefördert würden.

Steuern für die Umwelt

„Steuern für die Umwelt“ kann bei Mehreinnahmen natürlich nicht heißen, auf diesem Weg die Staatsverschuldung abzubauen. Vielmehr müssen damit Mittel bereitgestellt werden, um die überfälligen Umweltschutzmaßnahmen des Bundes, der Länder und der Kommunen durchzuführen. Also in den Bereichen der Luft- und Wasserreinhaltung, der rationellen Energieversorgung und beim Energiesparen, bei der Abfallbeseitigung, dem Natur- und Landschaftsschutz, für staatliche Forschungs- und Entwicklungsprogramme in der Umwelttechnologie und bei der Umweltüberwachung und -planung.

So kann eine ökologisch orientierte Steuerpolitik auch eine fiskalische Funktion erfüllen. Es werden möglichst verursachernah die finanziellen Mittel aufgetrieben, um die öffentlichen Haushalte in die Lage zu versetzen, die eingetretenen Schäden wenigstens zu beheben und auf politischem Weg neuen vorzubeugen.

Denkbar ist auch, die steuerliche Belastung und Entlastung so zu gestalten, daß ein einkommensneutraler Ausgleich bei den Steuereinnahmen erfolgt. Richtig ist auch, daß die Einnahmen aus Umweltsteuern in dem Maße sinken, wie sie ihr umweltpolitisches Ziel erreichen. In vielen Bereichen (versiegeltes Land, Müll, Energie, Wasser) wird dies ein langwieriger Prozeß sein. Dort, wo dies kurzfristig erreicht werden kann, bedeutet es einen unschätzbaren Nutzen für die Natur und für mehr Lebensqualität. Die Ökosteuer gibt innerhalb des marktwirtschaftlichen Systems die Chance, die dringend notwendige Modernisierung unserer Volkswirtschaft voranzutreiben.

Umweltbelastung wird durch die Ökosteuer für die Unternehmen in Markt und Pfennig kalkulierbar, dafür schlagen sich ökologische Leistungen positiv in den Bilanzen nieder. Die Ökosteuer belohnt umweltgerechtes und belastet umweltschädliches Verhalten. Jeder Hersteller berechnet in seiner Kalkulation die Verbrauchs- und Verschleißkosten jeder Maschine und jedes Schraubenziehers. Welche volkswirtschaftlichen Kosten aber durch seine Produktion entstehen, durch Verbrauch oder Verschleiß von Wasser, Luft und Boden, geht in die betriebswirtschaftliche Kostenrechnung nicht ein. Umweltbelastung muß daher zu einem betriebswirtschaftlichen Faktor werden, der auf Gewinn und Verlust einwirkt.

Eine ökologische Steuerreform kann ein Mittel sein, den Bruch zwischen betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Ebene zu überbrücken. Eine ökologisch ausgerichtete Steuerreform hätte damit eine Lenkungsfunktion, weil sie das Ziel verfolgt, umweltschädliche Produkte und Produktionsweisen, die Nutzung und Belastung der Umweltgüter Boden, Wasser und Luft, durch Verteuerung einzuschränken und zurückzudrängen.

Um nicht mißverstanden zu werden: Ökosteuern sind nicht das Patentrezept. Die Erhebung von Ökosteuern und Sonderabgaben ist ein wichtiges und hilfreiches Mittel der Umweltpolitik. Eine wirksame Umweltschutzpolitik kommt allerdings auch weiterhin nicht ohne Verbote und drakonische Strafen aus. Sie dienen der Bekämpfung nicht mehr tolerierbarer Beeinträchtigungen der Umwelt.

(-/4.1.1989/va-he/rs)

* * *